



Für
Menschenrechte
gegen
Extremismus



DEUTSCH-RUSSISCHER AUSTAUSCH E.V. НЕМЕЦКО-РУССКИЙ ОБМЕН



Blickpunkt Demokratie und Extremismus
Newsletter Osteuropa
Juni | 2008

INHALT	Seite
Gesetzgebung gegen Rechtsextremismus soll verschärft werden	2
Moskauer Büro für Menschenrechte: Rechtsschutzorgane sehen profaschistischem Spektakel schweigend zu	2
Hitler-Anlagen	3
Nishnij Nowgorod: Materialien der Zeitung „Radikale Politik“ als extremistisch eingestuft	5
Heldenstadt von Neonazis attackiert (Sergej Migalin)	5
Neonaziaufmarsch in Rostow-am-Don	6
Nationalisten von St. Petersburg gegen den Änderungsantrag	6
Nationalisten vereinigen sich zu russische-nationaler Bewegung	6
Neonazis in das Büro des Präsidenten der OAO Russischen Eisenbahnen eingedrungen	7
Die Zeitung „eXile“ wird als extremistisch angesehen. Grund sind die Artikel Limonows	8
Die Verwaltung der Petersburger Universität verhinderte ein Treffen von Limonow mit Studenten	8
Chronik	9
In mehreren russischen Städten wurde der „Tag des Schweigens“ gegen Diskriminierung abgehalten	9
Fontanka.ru hat die Aktion „Nein zum Hakenkreuz!“ ausgerufen	9
Antisemitischer Zwischenfall in Baschkortostan	9
Nishnij Nowgorod: jüdischer Teil eines Friedhofs geschändet	10
Synagoge im Gebiet Nishegorod in Brand gesetzt	10
Gewaltsamer Zusammenstoß von Neonazis und Punks in Toljatti	10
Die Sache mit dem Video über die „Hinrichtung“ von Migranten	10
Publikationen	12
Termine	13
Impressum	13

Gesetzgebung gegen Rechtsextremismus soll verschärft werden

In der Duma wurde ein Gesetzesentwurf eingebracht, welcher die Schließung von religiösen und gesellschaftlichen Organisationen ermöglichen soll, sofern diese in ihrer Ausübung wiederholt extremistische Tendenzen aufweisen. Dies soll unabhängig davon möglich sein, zu welchem Zeitpunkt eine erste Verwarnung ausgesprochen worden ist. Diese Initiative geht nach Angaben der Nachrichtenagentur RIA von einer Gruppe von Kursker Parlamentariern aus. Sie vertreten die Meinung, dass die immer häufiger auftretenden Fälle von Anstiftung zu sozialen, rassistischen, nationalistischen und religiösen Konflikten durch extremistische Gruppierungen sowie die Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts schärfere Maßnahmen erfordern. Gemäß dem Gesetz „Über Gegenmaßnahmen zu extremistischer Tätigkeit“ kann eine Verwarnung nur dann ausgesprochen werden, wenn entsprechende Beweise über die extremistische Ausrichtung der Organisation vorgelegt werden können. Nach dieser Verwarnung muss eine einjährige Frist vergehen, bevor die Schließung der Organisation rechtlich beantragt werden kann. Nach Meinung der Autoren des Gesetzesentwurfs erschwert diese Einschränkung die Anwendung von Rechtsmitteln, die im Gesetz vorgesehen sind. In den Erläuterungen zu dem Gesetzesentwurf merkten sie an, dass die im Gesetz vorgesehene Jahresfrist die Effektivität im Kampf gegen Nationalismus, Rassismus und Fremdenhass einschränkt.

Dies ist nicht die erste Initiative, die eine Verschärfung der Anti-Extremismusgesetze in Russland vorsieht. Ende April diesen Jahres hatte die Staatsanwaltschaft bereits gefordert, den Zugang zu den Internetseiten aller dieser Organisationen zu verhindern, die durch ein Gerichtsurteil als extremistisch eingeschätzt worden sind. Nach der Verkündung des Urteils müssen die Provider in Zukunft innerhalb eines Monats alle entsprechenden Seiten blockieren.

Quelle: <http://lente.ru/news/2008/06/09/duma/> 09.06.2008

Moskauer Büro für Menschenrechte: Rechtsschutzorgane sehen profaschistischem Spektakel schweigend zu



[RTVi](#)



NEWSru.co.il

Das Moskauer Büro für Menschenrechte, das Moskauer Antifaschistische Zentrum und der Holocaust-Fonds beabsichtigen, von der Generalstaatsanwaltschaft eine juristische Einschätzung der Aktionen radikaler Nationalisten am 1. Mai in Moskau zu verlangen. Die Menschenrechtsaktivisten

erklären, dass die Radikalen in den letzten vier Jahren regelmäßig rassistische und fremdenfeindliche Losungen auf den Straßen Moskaus und anderer Städte skandierten, während die Rechtsschutzorgane "schweigend diesem profaschistischen Spektakel zugesehen haben", schreibt die ["Nowye Izwestija"](#).

Eine Demonstration, organisiert von der Bewegung gegen illegale Einwanderung (DPNI) und dem Slawischen Bund (SS), fiel in diesen Tagen etwas größer aus. Nach Einschätzung von Beobachtern beteiligten sich daran etwa 200 bis 400 Demonstranten. Sie marschierten vom Allrussischen Ausstellungszentrum zum Fernsehzentrum "Ostankino" und skandierten dabei "Sieg Heil!", "Russland den Russen, Moskau den Moskauern!" und andere fremdenfeindliche Losungen.

Wie der Leiter des Moskauer Büros für Menschenrechte, Aleksandr Brod, der Redaktion berichtete, verharret die Staatsanwaltschaft in Moskau und in den Regionen seit drei Jahren "in himmelschreiender Passivität"; sie lehnt es ab, einen Strafprozess einzuleiten und die Fakten zu untersuchen. "Auf diesen Meetings sind fremdenfeindliche Losungen und Aufrufe zur Gewalt zu hören, es wird das Hakenkreuz gezeigt", so Brod, "die Radikalen wiegen sich dadurch im straffreien Raum und verstärken ihre Aktivitäten, von den Worten zur Tat."

Auf den Aktionen am 1. Mai wurden Aufrufe gegen Migranten skandiert und einige Tage später sind in Moskau usbekische Hausmeister ermordet worden, sagt Brod. "Die Jugend saugt sich auf diesen Meetings mit Hass voll. Die Feinde werden ihr klar benannt".

Am 9. Mai haben die Neonazis wegen des strengen Verbots der Macht, nicht-offizielle Demonstrationen durchzuführen, auf öffentliche Aktionen verzichtet. Anstelle dessen brachten sie Graffiti mit fremdenfeindlichem Inhalt auf - in der Nacht auf den 9. Mai wurden viele Mauern mit Hakenkreuzen und antisemitischen Schmierereien verunstaltet.

Es ist bemerkenswert, dass Aktionen der Opposition, die an den gleichen Tagen in Moskau stattfanden, von der Miliz auf das Heftigste unterdrückt wurden und dass die meisten von ihnen mit der Festnahme der Aktivisten endeten. Genauso entschlossen unterbanden die Rechtsschutzorgane auch eine antifaschistische Aktion auf dem Gelände des Allrussischen Ausstellungszentrums, wofür sie keine Genehmigung der hauptstädtischen Macht hatten.

Der Moskauer Staatsanwalt Jurij Semin erklärte, dass er nicht die geringsten Anzeichen von Verbrechen der Nationalisten sehe: "Ich sehe keine Anzeichen, die mich erschüttern würden. Es gab immer von Gruppen verübte Verbrechen mit schweren Körperverletzungen, die unter verschiedenen politischen Vorzeichen ausgeführt wurden."

Quelle: NEWSru.com 12.05.2008

Hitler-Anlagen

Arsenij Waganow (Jekaterinburg), Suzanna Kamara, Maria Fichte (Kaliningrad), Ksenija Soljanskaja



Im Vorfeld des 9. Mai, des Siegestages, erlebte Jekaterinburg einen neonazistischen Skandal. Eine der größten Banken des Urals, „Dragocennosti Urala“, startete eine Reklamekampagne, die den

Pensionären 14,88% Zinsen auf ihr Geld versprach. Die Zahl 14,88% tauchte nur auf den Reklametafeln an der Straße auf, wo aufgezeigt wurde, dass man diesen hohen Prozentsatz auf seine Geldanlage bekommen könne. Allerdings erregte weder die hohe Zahl noch der DVD-Player, der den Anlegern versprochen wurde, die Aufmerksamkeit der Stadtbewohner, sondern die Zahl 14,88 selbst. Die Einwohner Jekaterinburg, die mit der neonazistischen Subkultur vertraut sind, lasen auf den Tafeln einen Nazi-Gruß, der genau zum Zeitpunkt des Siegestages über den Faschismus herauskam. Die schlauen Bewohner sahen in dem Zinssatz einen chiffrierten Nazi-Gruß – und erhoben eine Welle des gesellschaftlichen Protestes.

Die Sache ist die, dass „14/88“ die chiffrierte Losung der modernen Anhänger Adolf Hitlers ist. „14“ verweist auf die vierzehn Wörter der neonazistischen Ideologie von David Lane: „We must secure the existence of our people and a future for white children.“ („Wir müssen die Existenz unseres Volkes und eine Zukunft für weiße Kinder sicherstellen.“) „88“ ist die Kodierung für den Hitlergruß „Heil Hitler“, da der Buchstabe „H“ im lateinischen Alphabet an der achten Stelle steht. Deshalb ist die Anzahl der Gebote von David Lane ebenfalls 88. Mitteilungen über das zweifelhafte Zusammentreffen von Zahlen in Zusammenhang mit den Bildern auf den Reklametafeln erschienen in den Blogs von Jekaterinburg am Vortag. Am Donnerstag war die skandalöse Marketingaktion fast das meistdiskutierte Thema im russischen Internet.

In der Bank in Jekaterinburg reagierte man auf die Fragen der Internetzeitung „gazeta.ru“ nervös und wollte zuerst überhaupt nicht reden. Erst im zweiten Anlauf antwortete man sehr angespannt: „Sie haben die Reklame gesehen? Und Sie haben noch Fragen? Dort wurde ein äußerst effektiver Zinssatz auf eine Anlage angeführt, maximal 14,88% im Jahr. Das ist einer der höchsten Zinssätze heutzutage auf dem Markt“, teilte eine Bankangestellte mit. „Was die Zahlen angeht, so ist das reiner Zufall und sollte keinerlei Assoziationen erwecken.“ Wie viel Reklametafeln insgesamt im Ural aufgestellt wurden, teilte die Organisation nicht mit. „Jede Information über den Kunden ist ein Geschäftsgeheimnis“, teilte die Leiterin der Auskunftsabteilung der Bank mit. Die Führungsebene der Bank betrachtet den Skandal als Machenschaften von „Randgruppen“: „Einige ‚kranke Menschen‘, die offensichtlich der neonazistischen Ideologie anhängen, durchstreifen die Gegend auf der Suche nach verborgenen Symbolen, andere, die auf den Feiertag des Sieges pfeifen, veröffentlichen diese Schwarzmalerei auf den Zeitungsseiten und im Internet und erwecken so das Interesse der Leser für die nazistische Ideologie“, teilte der Geschäftsführer der Bank „Dragocennosti Urala“, Aleksandr Wassiljew, der Internetzeitung „gazeta.ru“ mit. Nach seinen Worten waren in der Reklame der Bank lediglich die Prozente angegeben, die er für Spareinlagen anlässlich des Feiertages anbieten könne. „Sollten dementsprechende Veröffentlichungen der Bank einen Schaden zufügen, so werden mögliche Verluste selbstverständlich auf gerichtlichem Wege von den Journalisten und den Verlagen eingeklagt werden. Keiner unserer Kunden hat neonazistische Neigungen, irgendein besonderes Interesse zu diesen Zahlen konnte nur bei einer besonders verdorbenen Minderheit aufkommen“, drohte der Bankier.

Bereits lange vor Jekaterinburg schaffte es Kaliningrad, sich einer missglückten Werbeaktion zum Siegestag zu rühmen

Ende April dieses Jahres haben die örtlichen Unternehmer zum Feiertag am 9. Mai den Nobel-Hotelkomplex mit dem Namen „Reich Straße“ – „Ulica Reicha“ – eröffnet. Die Reaktion der Veteranen des Zweiten Weltkrieges war eindeutig: Sie empfanden die Bezeichnung des Komplexes als Verhöhnung. Aktuell leben in Kaliningrad 365 Veteranen, die an der Eroberung der Hauptstadt Ostpreußens teilgenommen haben. „Das Hotelschild ist eine Blasphemie und Verhöhnung“, teilte der Vorsitzende des Kaliningrader Regionalkomitees der Kriegsveteranen und des Kriegsdienstes, Aleksej Bezrutschenko, mit. Er versprach: „Wenn dieses Reich erhalten bleibt“, dann werden die Teilnehmer des Sturmes von Königsberg „alle wie einer auf die Straße gehen, um ihren Protest auszudrücken“. Die Verwaltung des Hotels erklärte, dass sie ganz und gar nicht dieses Reich im Sinne hatte. Sie bestehen darauf, dass „reich“ die deutsche Übersetzung des Wortes „bogatyj“ sei und das Hotel demnach „Bogataja ulica“ („Reiche Straße“) heiße. Aber in diesem Falle wurden die Unternehmer Opfer eines grammatikalischen Fehlers. Die Sache ist nämlich die, dass „Bogataja ulica“ als „Reiche Straße“ geschrieben wird – mit einem „e“ am Ende des Adjektivs. Es stellte sich heraus, dass die

Bezeichnung des Hotels nicht offiziell genehmigt ist. Der Vorsitzende der Verwaltung für Architektur des Gurjewsker Stadtviertels, Jurij Moskwitin, erklärte den örtlichen Pressevertretern, dass das Warenzeichen „Reich Straße“ an die Registrierung im Föderationsdienst für geistiges Eigentum (Rospatent) geschickt wurde.

Quelle: www.gazeta.ru 08.05.2008

Nishnij Nowgorod: Materialien der Zeitung „Radikale Politik“ als extremistisch eingestuft

Ein Bezirksgericht in Nishnij Nowgorod hat einem Antrag der Staatsanwaltschaft vom 14. Mai 2008 stattgegeben und Materialien der Zeitung „Radikale Politik“ als extremistisch eingestuft.

Laut einem Sprachgutachten sind die „Veröffentlichungen darauf gerichtet, nationalistisch motivierte Zwietracht und Feindseligkeiten zu schüren.“ Gegen den Verlag wurde ein Strafverfahren eingeleitet. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Die Herausgeber der Zeitung konnten bislang nicht ausfindig gemacht werden. Diese letztgenannte Tatsache lässt befürchten, dass es nicht um die von Boris Stomachin, dem für seine extremistischen Umtriebe berüchtigten Nationalisten, herausgegebene Zeitung „Radikale Politik“ geht. Leider ist bislang nicht bekannt, um welche Zeitung es sich handelt.

Quelle: <http://www.rosbalt.ru/2008/5/14/483597.html> 14.05.2008

Sergej Migalin: Heldenstadt von Neonazis attackiert

Am Tag des Sieges wurde in Tula das jüdische Kulturzentrum geschändet.

In der Nacht vom 8. auf den 9. Mai beschmierten unbekannte Täter die Fassade des jüdischen Kulturzentrums mit Hakenkreuzen und antisemitischen Losungen. Einwohner von Tula, die morgens auf dem Weg zu den Feierlichkeiten des 9. Mai die Schmierereien „Heil Hitler“, „Juden in den Ofen“, „Russland den Russen“ sahen, zeigten sich schockiert.

Eine Polizeieinheit wurde zum Tatort gerufen. Die Polizisten achteten sorgsam darauf, dass die Spuren des Vandalismus nicht von den anwesenden Journalisten fotografiert wurden, während Arbeiter zügig die Losungen entfernten.

Wie der Direktor des jüdischen Kulturzentrums Fain Sanewitsch mitteilte, versammelten sich am 8. Mai Gemeindeglieder, um den Kriegsveteranen zu gratulieren und den 60. Jahrestag der Gründung des Staates Israel zu feiern. Nach Mutmaßung des Direktors muss sich der ungewöhnliche Vorfall nachts ereignet haben. Das Mitglied des Rates der jüdischen Gemeinde Anatolij Sanewitsch berichtete außerdem, dass auf eine Wand das Wort „Skinheads“ gesprüht worden war. „Ob nun Skinheads für die Schmierereien verantwortlich sind, müssen die Polizeibehörden herausfinden“, erklärte Sanewitsch. Der Menge der Schmierereien auf der Häuserfassade nach zu urteilen, muss in der Nacht zum 9. Mai eine organisierte Gruppe tätig gewesen sein.

Polizeiliche Ermittlungen in dieser Sache wurden aufgenommen.

Die Koordinatorin der *Bewegung gegen illegale Einwanderung* (DPNM) Natalja Zenkowa erklärte gegenüber der russischen Tageszeitung „Unabhängige Zeitung“ (Nesawisimaja Gazeta), dass Mitglieder ihrer Organisation nicht an dem Vorfall beteiligt gewesen seien. Mitglieder ihrer Organisation hätten vielmehr an den Feierlichkeiten anlässlich des 9. Mai teilgenommen und Kränze auf dem Leninplatz niedergelegt. Sie äußerte die Vermutung, dass die Tat eine Provokation zur Verunglimpfung der nationalistischen Bewegung von Tula gewesen sei. Anzumerken ist, dass am 6. Mai das von Natalja Zenkowa geführte Geschäft „Tulapress“ polizeilich durchsucht worden war. Es wurden Zeitungen und Bücher beschlagnahmt, um sie auf nationalistischen Inhalt zu prüfen.

Ohne Zweifel sollten die faschistischen Schmierereien gerade am Tag des Sieges ein Appell an die Öffentlichkeit sein. Besorgniserregend ist auch der Umstand, dass Tula bislang den Status eines

Vorbildes für Toleranz war und es keinerlei organisierte Aktionen von Skinheads dort gegeben hatte. Nach diesem Vorfall allerdings kann niemand mehr garantieren, dass es in dieser Stadt auch zukünftig so ruhig sein wird wie bislang. Tula

Quelle: http://www.ng.ru/regions/2008-05-12/8_tula.html 12.05.2008

Neonaziaufmarsch in Rostow-am-Don

In Rostow-am-Don marschierten am 25. Mai Skinheads durch die Straßen. Eine Zeugin sagte aus, dass etwa 60 junge Männer, und zwar „mit kurz geschorenen Haaren, Glatzen, schwarz gekleidet, mit erhobenen Armen, Schlagringen und Knüppeln“ von einer Seite des Scholochow-Prospekt zum anderen marschierten. Nach Auskunft einer Frau ist ein junger dunkelhäutiger Mann, der neben ihr an einer Bushaltestelle wartete, in den erstbesten Bus gesprungen, als er begriffen hatte, was ihm droht. Danach entfernten sich die Skinheads von der Haltestelle und gingen auf zwei mit Hijabs bekleidete Frauen zu. Glücklicherweise war kurz zuvor ein Fußballspiel beendet worden und es fuhren viele Polizeiautos durch die umliegenden Straßen. Das war wahrscheinlich der Grund dafür, dass die Neonazis den Ort verließen.

Den Skinheads folgte eine Frau mit Videokamera und nahm das Geschehen auf. Ob jemand zu Schaden gekommen ist, ist ungewiss.

Quelle: [http://www.province.ru/newspapers/gazeta/12/22\(493\)/753132.html](http://www.province.ru/newspapers/gazeta/12/22(493)/753132.html) 07.06.2008

Nationalisten von Sankt Petersburg gegen den Änderungsantrag

Am 17. Mai hat in Sankt Petersburg die „Bewegung gegen illegale Einwanderung“ in der Person ihres örtlichen Vorsitzenden und des Geschäftsführers des „Dienstes der gesellschaftlichen Kontrolle“ der Bewegung, Roman Nosik, einen offenen Brief im Hauptbüro der Partei „Einiges Russland“ abgegeben. Die Nationalisten schlagen der Kremlpartei vor, die Änderungen im Gesetz über die Erlangung der Staatsbürgerschaft der Russischen Föderation, die am 18. April dieses Jahres von der Staatsduma angenommen wurden, außer Kraft zu setzen. Die Änderungen sehen grundlegende Vereinfachungen für die Erlangung der Staatsbürgerschaft vor: Es ist nicht mehr nötig, 5 Jahre ohne Unterbrechung auf dem Gebiet der Russischen Föderation gelebt zu haben, und es ist nicht mehr notwendig, Russisch zu können. Nach Meinung von Nosik widerspricht dies den Grundsätzen des staatlichen Programms zur Hilfe der Staatsbürger, welches sich auf die Kenntnisse der russischen Sprache und die Kultur des zivilisierten Benehmens in der Gesellschaft stützt. Die zugereisten Staatsbürger „bringen keinen Nutzen, sie kennen die russische Kultur nicht, daraus können zwischenethnische Konflikte entstehen.“

Quelle: <http://panorama.ru/> 17.05.2008

Nationalisten vereinigen sich zu russische-nationaler Bewegung

Am 8. Juni 2008 fand im Hotel „Kosmos“ in Moskau eine Gründungskonferenz mit dem Titel „Neuer politischer Nationalismus“ statt. Dabei vereinigten sich eine Reihe nationalistischer Organisationen zu einer einheitlichen russisch nationalen Bewegung.

Die entsprechende Erklärung „Pakt 8. Juni“ wurde von Repräsentanten nicht registrierter Parteien, wie „Großes Russland“ (Andrej Saweljew), „Bewegung gegen illegale Immigration“ (DPNI) (Andrej Below), Nationale russische Befreiungsbewegung „Das Volk“ (Alexander Nawalnyj, Sergej Guljaew), Großrussische nationalistische Bewegung „ROD“ (Konstantin Krylow) angenommen. Ergebnisse der Konferenz waren die Unterzeichnung eines Pakts (eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit) und ein Memorandum (eine politische Erklärung der Organisatoren).

In der Erklärung der Organisatoren heißt es, der Zusammenschluss der vier Organisationen «zeige die Fähigkeit der Nationalisten zur Zusammenarbeit». „Wir wenden uns an alle Nationalisten mit dem Aufruf sich am politischen Kampf zu beteiligen und strecken allen Gesinnungsgenossen und Kampfgefährten die Hand aus. Wir wenden uns an den aktiveren Bevölkerungsanteil der russischen Nation mit der Bitte unseren Kampf für Gerechtigkeit und nationale Einheit zu unterstützen“, so heißt es im Memorandum.

Die nationalistischen Bewegungen beschließen außerdem „gemeinsam gegen Russophobie in all ihren Ausprägungen zu kämpfen sowie Widerstand gegen die ungerechte Anwendung des Artikels 282 des StGB der RF, der sich gegen Aktivisten der russischen nationalen Bewegung richtet, zu leisten“. Die Konferenzteilnehmer gründeten ein nationales Informationsbüro zu dessen Aufgaben „der Informationsaustausch, die Koordination von Aktionen sowie die Beobachtung russlandfeindlicher Tendenzen“ gehören. Der Anführer der DPNI Alexander Below, erklärte, „es sei zwingend notwendig sich zusammenzuschließen und zu konsolidieren“. „Im Großen und Ganzen haben wir eine Einigung erzielt und können unsere Aktien bündeln, um eine große politische Kraft zu werden.“ Seiner Meinung nach wird Russland „entweder nationalistisch oder gar nicht sein“. Der Co-Präsident der Nationalen russischen Befreiungsbewegung „Das Volk“, Alexej Nawalnyj nannte die neue Bewegung eine bürgerrechtliche. „Bürgerrechtler sind nicht diejenigen, die wir gewohnt sind zu sehen, sonder die, die große Teile der Bevölkerung schützen und das sind in erster Linie die Nationalisten.“ Für Organisationen mit nationalistischer Ausrichtung ist es notwendig mit anderen Organisationen jeder beliebigen politischen Ausrichtung zusammenzuarbeiten, sowohl mit den Linken als auch mit den Liberalen.

Siehe Kommentare von Galina Kozhevnikova auf der Webseite Grani.ru

Quelle: Aus der Informationen Rechtsradikale Webseiten

Russische Nationalisten vereinigten sich //Kommersant 09.06. 2008

<http://www.newsru.com/russia/08jun2008/al.html> 09.06.2008

Neonazis in das Büro des Präsidenten der OAO Russischen Eisenbahnen eingedrungen

Eine Gruppe von Neonazis ist nach Angaben des Pressesprechers von NBP (Nationalbolschewistische Partei) Aleksandr Averin in das Büro des Präsidenten Vladimir Jakunin der OAO Russische Eisenbahnen eingedrungen. Sie forderten eine Gehaltserhöhung für die Mitarbeiter der Bahn sowie höhere Sicherheitsvorkehrungen bei der Beförderung. Der Vorfall ereignete sich laut Averin um 11:30 Uhr. Die Gruppe von Neonazis weigerte sich solange, das Gebäude zu verlassen, bis sie ihre Forderungen Jakunin persönlich überreichen konnten. Außerdem wurden Flugblätter aus dem Fenster geworfen und ein Banner mit der Aufschrift „Geld den Arbeitern“ ausgehängt.

Quelle: <http://lenta.ru/news/2008/06/09/barricade/> 09.06.2008

**Die Zeitung „eXile“ wird als extremistisch angesehen.
Grund sind die Artikel Limonows**



Die Zeitung „eXile“ wird auf extremistische Inhalte hin geprüft, wie Sobkor®ru der Pressedienst der Nazboly (Nationalbolschewisten, Anm. d. Übersetzers) mitteilte.

Am 6. Juni wurde das Moskauer Büro einer Kontrolle durch drei Vertreter der Rosochrankultura ("Föderaler Dienst für die Aufsicht über Massenkommunikation, Fernmeldewesen und Schutz des Kulturerbes" Anm. d. Übersetzers) unterzogen.

In erster Linie interessierten sich die Beamten für die Kolumnen Eduard Limonows. Danach folgten weitere Fragen, wie: "Warum propagieren Sie Drogen und Pornografie? Und überhaupt, warum erniedrigen Sie Russland?" Am Ende wurden einige Ausgaben der Zeitung beschlagnahmt, um den Vorwurf von extremistischen Inhalten zu prüfen.

Der Chefredakteur von „eXile“, Mark Ames, meinte seine Zeitung hätte zwar die Epoche Jelzins und Putins überlebt, aber Medwedjews würde man vermutlich nicht überstehen. „Neue Herrschaft – neue Bestimmungen“, sagte Ames.

Der Pressesprecher von Rosochrankultura, Ewgenij Streltschik, sagte, die Kontrolle sei „planmäßig“ gewesen, solche Kontrollen gäbe es zu Duzenden. „Wir überprüfen hunderte von Veröffentlichungen, das ist unsere Arbeit, aber darüber berichten sie nicht. Und jetzt interessieren sie sich nur dafür, weil es sich um eine englischsprachige Zeitung handelt.“ Nach den Worten von Streltschik hat die Redaktion von „EXile“ die Überprüfung durch Rosochrankultura an die große Glocke gehängt, um „zu zeigen, dass wir ein totalitäres Regime haben“. Seiner Meinung nach schade die öffentliche Aufmerksamkeit nur dem Ruf der Zeitung selbst. „Wenn es Veröffentlichungen gibt, die Misstrauen erregen, so überprüfen wir sie“, sagte Streltschik. Allerdings wollte er nicht genauer benennen, um welche Publikationen es sich handelt. „Warum haben sie nur solche Angst vor dem Begriff Extremismus?“, wunderte er sich.

Quelle: <http://www.sobkorr.ru/news/484A40258E1D0.html>

<http://www.demos-center.ru/news/22980.html> 07.06.2008

**Die Verwaltung der Petersburger Universität verhinderte
ein Treffen von Limonow mit Studenten**

Die Verwaltung der Staatlichen Universität Sankt Petersburg brachte ein Treffen des Politikers, Schriftstellers und Dichters Eduard Linonow mit Studenten der Universität zum Scheitern, teilte ein Korrespondent von Sobkor®ru mit.

Das Treffen, bei dem Eduard Limonow seine Gedichte vorzutragen gedachte, sollte in der Philosophischen Fakultät der Uni stattfinden. Es wurde betont, dass Limonow in erster Linie als Dichter und nicht als Politiker auftreten würde.

Als dann aber 200 Leute, unter ihnen auch Limonow, das Fakultätsgebäude betreten wollten, wurde ihnen mitgeteilt, das Gebäude stünde für ein Treffen nicht zur Verfügung. Wie später der Veranstalter des Abends, Georgij Medwedew, Vertreter des Debattierklubs, mitteilte, wurde ihm im Dekanat erklärt, der Saal sei nur für 30 Leute zugelassen, da man angenommen habe Eduard Limonow würde sich ausschließlich mit Studenten der Fakultät treffen.

Daraufhin gingen Limonow und die anderen – Studenten, Anhänger der Nazboly, Journalisten, Mitglieder des Debattierklubs – zur Philologischen Fakultät. Aber trotz anders lautender Versprechungen von Mitarbeitern der Philosophischen Fakultät, man werde sie dort aufnehmen, blieben auch hier die Türen verschlossen.

Im Endeffekt war Limonow gezwungen eine kurze improvisierte Dichterlesung direkt am Universitätsufer, neben dem Lomonosow Denkmal abzuhalten. Dieses Treffen erinnerte zum Teil an eine Kundgebung, da die Nationalbolschewisten Parolen wie: „Russland hat keine Redefreiheit!“ skandierten.

Nachdem er einige Gedichte rezitiert und Autogramme verteilt hatte, ging Eduard Limonow.

Quelle: <http://www.sobkorr.ru/news/4843E769C8D0F.html>

<http://www.demos-center.ru/news/22907.html> 02.06.2008

Chronik

In mehreren russischen Städten wurde der „Tag des Schweigens“ gegen Diskriminierung abgehalten

In Sankt Petersburg wurde am 3. Mai eine Aktion anlässlich des internationalen „Tages des Schweigens“ abgehalten. Der Tag ist den Problemen der Diskriminierung, der moralischen und physischen Gewalt, dem Fehlen von Toleranz sowie dem Schweigen bei Verbrechen auf der Ebene des Hasses gewidmet.

Vereinzelte Mahnwachen unter dem Motto „*Wir schweigen, damit wir gehört werden!*“ wurden von den Organisatoren der Homosexuellen-Organisation LGBT im Tschernyschewskij-Garten durchgeführt. Die Mäuler der Teilnehmer waren mit Klebeband verklebt, sie verteilten Flugblätter mit Appellen zur Toleranz und gegen Gewalt auf der Ebene des Hasses.

Ähnliche Aktionen wurden an diesem Tag auch in Nowokusnezsk und in Jaroslawl durchgeführt.

Nach einer Mitteilung wurden zwei Mitglieder der Aktion in Sankt Petersburg [überfallen](#).

Quelle: <http://www.rosbalt.ru/2008/05/03/480336.html>

<http://www.city-n.ru/view/93273.html> 04.05.2008

Fontanka.ru hat die Aktion „Nein zum Hakenkreuz!“ ausgerufen

Die Website „fontanka.ru“ hat die Aktion „Nein zum Hakenkreuz!“ ins Leben gerufen. Die Site schlägt vor, Hakenkreuze zu übermalen und ein Foto oder Video von der Aktion an die Redaktion zu schicken.

Quelle: <http://www.fontanka.ru/2008/05/04/019/> 04.05.2008

Antisemitischer Zwischenfall in Baschkortostan

Am 16. Mai 2008 versuchten in der Stadt Salawat in der Republik Baschkortostan 4 junge Leute, in den Klub der jüdischen Gemeinde einzubrechen, und interessierten sich für die Nationalität der Menschen, die sich in dem Gebäude befanden. Die Mitglieder der Gemeinde – Erwachsene, Jugendliche und Kinder – hatten sich in dem Klub zu ihrem traditionellen Samstagstreffen versammelt.

Nach den Worten des Vorsitzenden des Jugendklubs, Eli Maier, „haben sich die vier jungen Menschen auf sehr grobe Art dafür interessiert, ob wir Juden seien oder nicht... Es war in der Tat schrecklich! Die Jungs waren angetrunken und hätten alles Mögliche anstellen können.“

Es gelang den Jugendlichen nicht, in das Gebäude der jüdischen Gemeinde einzudringen, die Menschen hielten die Türe von innen verschlossen. Die Eindringlinge schlugen mehrmals mit Metallrohren, die sie mitgebracht hatten, gegen die Türe. Der Repräsentant der jüdischen Gemeinde,

Boris Katz, versuchte, mit den Eindringlingen zu reden, um zu verhindern, dass diese zu noch schlimmeren Taten übergehen, während die übrigen die Miliz riefen.

Die Eindringlinge wurden verhaftet.

Quelle: <http://in-brief.aen.ru/story-id=49259> 19.05.2008

Nishnij Nowgorod: jüdischer Teil eines Friedhofs geschändet

Mitte Mai 2008 wurden im Bezirk Sowjetskij, Nishnij Nowgorod, Grabsteine auf dem jüdischen Teil des Friedhofs *Marina Roschtsch* geschändet. Unter den geschändeten Gräbern war auch das des Großrabbiners Juda Berschtejn.

Es wurde ein Strafverfahren nach Artikel 214 StGB der RF (Vandalismus) eingeleitet. Die Straftäter wurden bisher noch nicht festgestellt.

Wir erinnern daran, dass am 4. Mai 2008 auf einem Friedhof in Nishnij Nowgorod Neonazis ein Denkmal für die Opfer der Bombenangriffe durch das faschistische Deutschland geschändet hatten.

Quelle: <http://www.interfax-religion.ru/?act=news&div=24432> 15.05.2008

Synagoge im Gebiet Nishegorod in Brand gesetzt

In der Nacht zum 1. Juni 2008 haben Unbekannte Täter das Dach der örtlichen Synagoge mit Parolen beschmiert, die „das Nationalgefühl der Juden“ verletzen. Gleichzeitig versuchten sie, das Gebäude in Brand zu setzen. Die Synagoge befindet sich im ersten Stock eines Wohnhauses. Medienberichten zufolge versuchten sie, eine Flasche mit leicht entflammbarer Flüssigkeit durch das Fenster zu werfen, konnten aber das Fensterglas nicht zertrümmern. Dabei gelangte ein Teil der Flüssigkeit an den Fensterrahmen und entflammte.

Auch auf dem Gelände des städtischen Kindergartens, wo auch Kinder des jüdischen Kindergartens spielen, wurden ähnliche Beschmierungen entdeckt. Es kam aber ein Glück keiner zu Schaden.

Die Polizei hat Ermittlungen aufgenommen, die in einem Strafverfahren münden können. Der Rabbi der Synagoge Pinchas Klimasch schließt nicht aus, dass dieser Vorfall mit den Beschmierungen eines jüdischen Friedhofs in Nishnij Nowgorod zusammenhängt.

Quelle: Kommersant, 2008, 3 Juni. 04.06.2008

Gewaltsamer Zusammenstoß von Neonazis und Punks in Toljatti

Nach einem Konzert der deutschen Punkband Bettie Ford in Toljatti am 11.5.2008, gerieten Punks und Neonazis, die nach dem Konzert zu dem Klub gekommen waren, gewaltsam aneinander.

Die Schlägerei brach in dem Moment aus, als die Band in den Bus stieg. Es gab zwei Verletzte auf der Seite der Neonazis. Die Punks und der Bus von der Band wurden von den Neonazis mit Autos verfolgt. Augenzeugen zufolge wurden die Verfolger von der Polizei festgenommen.

Am 13. Mai 2008 gab es ein weiteres gewaltsames Aufeinandertreffen von Neonazis und Punks.

Dabei wurden die Punks mit Flaschen beworfen.

Quelle: Info. <http://sova-center.ru> 15.05.2008

Die Sache mit dem Video über die „Hinrichtung“ von Migranten

06.06.2008 10:26:04

Am 12. August 2007 hat ein Internet-Blogger unter dem Link *antigypsione* in seinem Tagebuch auf LiveJournal ein Video mit dem Titel "Hinrichtung eines Tadschiken und eines Dagestaner" veröffentlicht. Darin knieen zwei Menschen - Flüchtlinge aus den südlichen Republiken - unter einer Hakenkreuz-Fahne und sagen mehrfach: "Wir wurden von russischen Nationalsozialisten festgenommen". Danach wird einem der beiden von

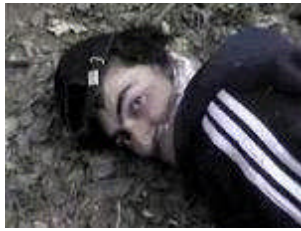


Foto aus dem Video

Maskierten die Kehle durchgeschnitten, der andere durch Genickschuss ermordet. Das Innenministerium, das das Video untersuchte, kam zu dem Ergebnis, dass es zusammen geschnitten wurde, und sah keine Veranlassung, einen Strafantrag wegen Mordes zu stellen. Zu der Veröffentlichung des Videos bekannte sich der Student Viktor Milkov aus Majkop. Er gab an, das Video per e-Mail von einem Unbekannten aus dem Ausland erhalten zu haben. Er wurde im November 2007 wegen Schürens von Streit zwischen den Nationalitäten zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Im Juni 2008 meldete Artur Udamov aus dem Ort Sultanjangijurt in Dagestan, dass er in einem der Ermordeten seinen Bruder erkannt habe. Danach teilte das Untersuchungskomitee bei der Staatsanwaltschaft mit, dass das Video echt sei und die Rechtsschutzorgane den Mord untersuchten.

Letzte Meldung

06.06.2008 18:05 Untersuchungskomitee bei der Staatsanwaltschaft (SKP) identifizierte vermissten Dargetaner auf Mord-Video an zwei Migranten



Das SKP bestätigte, dass es sich auf dem Mord-Video, welches im Internet verbreitet wurde, um den Dargetaner Schamil Odamov handelte. An seiner Identifizierung war der Bruder des Ermordeten, Artur, beteiligt, der dafür extra nach Moskau bestellt wurde. Die Identität des zweiten Ermordeten konnte bis jetzt noch nicht geklärt werden.

Chronik

14.08.2007 09:39 Innenministerium untersucht das Internet-Video



Das Russische Innenministerium begann mit der Untersuchung des dreiminütigen Internet-Videos, das den Mord an zwei Kaukasierern durch maskierte Männer, welche sich Mitglieder der National-Sozialistischen Partei der Rus nennen, beinhaltet. Das Video war am Sonntag von einem Nutzer des LiveJournals verbreitet worden.

15.08.2007 09:24 Zur Verbreitung des Mord-Videos bekannte sich Einwohner Majkops
Der arbeitslose Mann erschien in der Abteilung zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (UBOP) in Majkop und erklärte, dass er das Mord-Video ins Netz gestellt habe.

21.08.2007 13:23 Innenministerium fand Anzeichen für eine Montage des Videos mit der Hinrichtung zweier Migranten



Das ins Internet gestellte dreiminütige Video, auf dem die Hinrichtung von zwei Migranten - einem Dagestaner und einem Tadschiken - durch russische Nationalsozialisten zu sehen ist, scheint eine Montage zu sein. Das Innenministerium räumte jedoch ein, dass dies eine vorläufige Expertenmeinung sei. Ein endgültiges Ergebnis der Analyse des Videos wird es erst später geben.

21.11.2007 14:48 Verbreitung des Videos über die Hinrichtung von zwei Migranten wurde mit einem Jahr Besserungsarbeit bestraft

Der Student aus Majkop, der das Mord-Video an den gebürtigen Dagestaner



und Tadschiken im Internet verbreitet hatte, ist zu einem Jahr Besserungsarbeit unter Abgabe von 10% seines Lohnes an den Staat verurteilt worden. Die Rechtsschutzorgane geben bisher keine Auskunft über die Ergebnisse der Untersuchung zur Echtheit des Videos.

Zunächst wurde Viktor Milkov, der sich zur Verbreitung des Videos bekannt hatte, zu einem Jahr Besserungsarbeit verurteilt. Später wurde das Urteil geändert, und er wurde in eine Strafkolonie geschickt.

23.11.2007 13:05 Miliz in Nowgorod interessiert sich für das Mord-Video an zwei Migranten
In Groß-Nowgorod stellte der örtliche Koordinator der Bewegung gegen illegale Einwanderung (DPNI) das Video ins Netz.

05.06.2008 10:03 Verwandte erkannten Dagestaner aus dem Internet-Video über die "Hinrichtung"
Artur Udamov bestätigte, dass der Dagestaner, der auf dem bekannten Video zu sehen ist, sein Bruder ist.

05.06.2008 16:55 Untersuchungskomitee räumt Echtheit des Videos über die "Hinrichtung" eines Tadschiken und eines Dagestaners ein



Das Untersuchungskomitee bei der Generalstaatsanwaltschaft Russlands stellte fest, dass das im Internet verbreitete Video, bekannt unter dem Titel "Hinrichtung eines Tadschiken und eines Dagestaners", echt sei. Es wurde ein Strafverfahren wegen Mordes eingeleitet.

06.06.2008 18:05 SKP identifizierte vermissten Dagestaner auf dem Mord-Video
Die Identität des zweiten Ermordeten konnte bisher nicht festgestellt werden.
Quelle: Lenta.ru 06.06.08

Publikationen

Aufsatzsammlung „Xenophobie, Gewissensfreiheit und Anti-Extremismus in Russland im Jahr 2007“ vom Zentrum SOVA veröffentlicht

Im Mai 2008 wurde die Aufsatzsammlung „Xenophobie, Gewissensfreiheit und Anti-Extremismus in Russland im Jahr 2007“ herausgegeben. Sie enthält zwei schon früher auf der Homepage veröffentlichte Jahresbeiträge, die nun für diese Ausgabe revidiert wurden. Die unten angegebenen Links verweisen auf die ursprünglichen Texte:

Galina Kozhevnikova: „Radikaler Nationalismus in Russland und seine Gegenbewegung im Jahr 2007“

Aleksander Verchovskij, Olga Sibireva: „Schwierigkeiten bei der Verwirklichung der Gewissensfreiheit in Russland im Jahr 2007.“

In der Aufsatzsammlung außerdem erschienen ist ein erweiterter und erneuerter Beitrag mit dem Thema:

Aleksander Verchovskij: „Gesetzgebung gegen Extremismus und deren Missachtung in der Anwendung“.

Die in den Beiträgen genannten Angaben beziehen sich auf Ende März 2008.

Das Buch ist über das SOVA Zentrum käuflich erhältlich: <http://sova-center.ru/8B58424/>

Termine

Konferenz "Entwicklung der Zivilgesellschaft in Russland durch Bildung - Voraussetzung für die Humanisierung der Verhältnisse in der Gesellschaft"

Es werden grundlegende Fragen zur Entwicklung der Zivilgesellschaft, zur Institution der Familie und der Einhaltung von Konventionen diskutiert.

Termin: 10. – 11. Oktober 2008

Ort: Moskauer Institut für Energiewirtschaft (MGEI), Filiale Twer, Dmitrij Donskoj Str. 37, Twer

Infos: http://www.4cs.ru/calendar/wp-cont_long/id_333/

Impressum

Übersetzung: Alice von Butler, Klaus-Reiner Dauer, Jana Ennullat, Sabine Erdmann-Kutnevic, Stephanie Hensche, Holger Löbell

Zusammenstellung: Ewgenija Hartleben

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH

Mühlenstr.47

13187 Berlin

Telefon: 030 / 912079-3

Telefax: 030 / 912079-45

E-Mail: info@zentrum-demokratische-kultur.de

Internet: www.zentrum-demokratische-kultur.de

gemeinsam mit

Deutsch-Russischer Austausch e. V.

Badstr. 44

D-13357 Berlin

Telefon: 030 / 44 66 80-0

Telefax: 030 / 44 66 80-10

E-Mail: info@austausch.org

Internet: www.austausch.org